



Institut für Politikwissenschaft  
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen  
Forschungsdesign – Ph.D. Thesis  
Julia Egle, M.A.

Erstgutachterin: Prof Dr. Anja Jetschke  
Zweitgutachter: RILG Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos

### **Arbeitstitel: Räume staatlicher Souveränität innerhalb des Internationalen Strafgerichtshofs**

Die Dissertation befasst sich mit der **Frage**: Was bestimmt das Verhalten von Staaten gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)? Ausgangsbeobachtung ist das Phänomen, dass sich staatliches Verhalten gegenüber internationalen Gerichtshöfen nicht bloß zwischen offenkundiger Unterstützung und Ablehnung unterscheiden lässt. Vielmehr existiert ein breites Spektrum von Strategien, das von gezielter Unterminierung über vorgetäuschte Befürwortung bis hin zur aktiven Unterstützung reicht. Dies wirft die Frage auf: Was bestimmt die Wahl der jeweiligen staatlichen Strategie?

Die **Grundannahme** der Arbeit ist, dass sich Staaten in einem Dilemma befinden zwischen der Einsicht der Notwendigkeit internationaler Abkommen zur Lösung globaler Probleme einerseits und der Sorge, dabei zu viel an Souveränität einzubüßen andererseits. In Konsequenz dessen entwickeln sie verschiedene Strategien, um die eigene Souveränität zu schützen und sich möglicher negativer Konsequenzen der Urteile internationaler Gerichtshöfe zu entziehen.

Da die Staaten sowohl im internationalen Mächteverhältnis als auch im Verhältnis zu den eigenen Bürger/innen über eine unterschiedlich starke Stellung verfügen, stehen nicht allen Staaten die gleichen Ressourcen zur Verfügung, um ihre innere und äußere Souveränität „zu schützen“. So kommt es zu unterschiedlichen Verhaltensweisen gegenüber internationalen Gerichtshöfen und dies sogar innerhalb von Staatengruppen, die eine ähnliche Grundhaltung (Unterstützung bzw. Ablehnung) aufweisen.

Grundsätzlich zeigt sich das Phänomen unterschiedlicher Verhaltensweisen der Staaten bei allen Gerichtshöfen mit universeller Jurisdiktion. Die **Fallauswahl des IStGH** liegt darin begründet, dass bei diesem das Dilemma zwischen Delegation von Souveränität *an* den internationalen Strafgerichtshof und gleichzeitigem Schutz *vor* dem internationalen Strafgerichtshof besonders stark ausgeprägt ist.

Auf der einen Seite haben Staaten hohe Anreize ihn zu unterstützen: Er ermöglicht die Aufarbeitung internationaler bewaffneter Konflikte unter global anerkannten Normen und damit auch die Stärkung der internationalen Sicherheit (Schutz der Staaten voreinander, Schutz des Staates vor den Bürger/innen, Schutz der Bürger/innen vor dem Staat). Davon abgesehen müssen sich die Staaten aus rationaler Perspektive nur wenig Sorge um negative Folgen machen, da „lediglich“ einzelne Hauptverantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden und nicht die Regierung oder gar der Staat als solches.

Auf der anderen Seite gibt es im Falle des IStGHs besonders hohe Anreize zum Schutz der staatlichen Souveränität: Obschon er selbst vergleichsweise jung ist, sind es seine Rechtsmechanismen nicht. Er greift auf etablierte Normen zurück (u.a. Haager Recht, Genfer Recht, Menschenrechte, Völkermordkonvention) und vereint diese in den Kernverbrechen des internationalen Strafrechtes. Darüber hinaus reichen seine Befugnisse nicht „nur“ bis zur Regierung oder den innerstaatlichen Gerichtshöfen als Umsetzer internationaler Entscheidungen, sondern greifen direkt in den Staat hinein bis hinunter zur Ebene des Individuums.



Institut für Politikwissenschaft  
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen  
Forschungsdesign – Ph.D. Thesis  
Julia Egle, M.A.

Erstgutachterin: Prof Dr. Anja Jetschke  
Zweitgutachter: RiLG Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos

Das unterschiedliche strategische Verhalten der Staaten gegenüber dem IStGH wird mit einem politikwissenschaftlichen **Mixed-Method-Design** untersucht.

In einem ersten Schritt werden die unterschiedlichen Verhaltensmuster der Staaten (y-Variable) erhoben. Dafür werden zunächst unterschiedliche **staatliche Strategien zum Schutz der Souveränität** bestimmt. Diese liegen sowohl im Verhalten der Staaten gegenüber den Verträgen (z.B. y1=Beeinflussung des Institutionellen Designs oder y3=Festlegung von spezifischen Rechtsinterpretationen) als auch in ihrem Verhalten während der Arbeit des IStGHs (y7=Anrufen des Gerichtshofes oder y8=Auslieferungen an den Gerichtshof).

Die verschiedenen staatlichen Strategien werden mittels unterschiedlicher Methoden (z.B. Inhaltsanalyse der Gerichtsdokumente, Experteninterviews) für alle UN-Staaten (+ Cookinseln) erhoben. Dann werden sie in Bezug auf ihre Bedeutung gewichtet und in einer Clusteranalyse unterschiedlichen Staatengruppen zugeordnet, welche jeweils gleiche oder ähnliche Verhaltensmuster gegenüber dem IStGH aufweisen.

In einem zweiten Schritt werden die **Motive der unterschiedlichen Verhaltensmuster** (x-variable) erforscht. Dafür werden zunächst Hypothesen aus der politikwissenschaftlichen Literatur abgeleitet wie bspw. gemeinsame Wertstrukturen (Soziologischer Institutionalismus) oder eine ähnliche staatliche Vergangenheit (Rationaler Institutionalismus). Dann werden die Hypothesen an den Staatengruppen getestet und es wird nach Gemeinsamkeiten der Staatengruppen gesucht, um so bestimmen zu können: Was erklärt das staatliche Verhalten gegenüber dem IStGH?

**Ziel** des Dissertationsprojektes ist es, das Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen auf dem Weg zu einer internationalen Sicherheit zu ergründen und belastbare wissenschaftliche Ergebnisse zu schaffen. Diese sollen als Grundlage für politische Handlungsempfehlungen zur möglichen Verbesserung der Kooperation zwischen Mitglieds- bzw. Drittstaaten und dem internationalen Strafgerichtshof dienen.

Geplante Fertigstellung der Dissertation ist Ende 2016.

Fragen, Anmerkungen und Kommentare sind unter [julia.egle@sowi.uni-goettingen.de](mailto:julia.egle@sowi.uni-goettingen.de) willkommen.



Institute of Political Science  
Chair of International Relations  
Research Design – Doctoral Thesis  
Julia Egle, M.A.

First Supervisor: Prof. Dr. Anja Jetschke  
Second Supervisor: RiLG Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos

### **Working Titel: Spaces of Sovereignty Within the International Criminal Court**

The present doctoral thesis is concerned with the **puzzle of a contradictory behavior of states** towards the International Criminal Court (ICC). State behavior towards international courts is not easily divided into support or rejection. If we take the global public discourse into account, two major groups seem to exist: states that promote the ICC, hoping to end global impunity; and states criticizing the ICC being a colonial project or working with autocracies.

However, a closer look reveals a much more diverse picture: There are states like the USA that strictly refuse to sign the Statute of Rome, but nevertheless sign cooperation agreements and provide financial support. At the same time there are states that committed to the ICC unreservedly, but now refuse to cooperate. This puzzling behavior leads to the following **research question**: What determines the patterns of behavior of sovereign states towards the ICC?

International Relations as sub-discipline of political science is fundamentally interested in the question of how cooperation is possible in an anarchic world of states. In the 20<sup>th</sup> and 21<sup>st</sup> century different (meta-)theories closely connected to historic events have developed possible answers to this question. In the shade of the Cold War, neorealism asserted that states only cooperate if it is necessary for their security and survival. In neoliberal institutionalism, economic globalization and interdependence drives states to cooperation in order to deal with the dilemma of collective decision-making. Social constructivism proclaims that states cooperate if they have common ideas and value.

The **argument** of the present doctoral thesis is that the increasing legalization of international relations and particularly the proliferation of international courts is creating new challenges of political cooperation. In principle, law and anarchy are antagonists, and every step of legalization might fight anarchy, but it might not necessarily diminish state power. Even international courts are dependent on the cooperation of states as executors of their decisions. While political cooperation brings a strategic advantage for states that bind themselves to a legal regime, it also brings immediate obligations and unforeseeable consequences.

On one hand states need international rules to solve international problems, but on the other they are wary towards international courts because of their fear of losing authority. This creates a dilemma: they have the goal of protecting sovereignty even while supporting international courts. Consequently, this *dilemma of delegation* sees them develop a range of strategies to protect their sovereignty within legal regimes.

Generally, states behave in this manner towards all international courts. The **case selection of the ICC** follows a specific research logic. We can expect the dilemma of delegation being particularly distinctive in case of the ICC. On the one hand states have a strong incentive to support the court. It offers a chance to repossess a violent history, promote peacemaking, and strengthen international security. On the other hand there is a strong incentive to protect sovereignty towards the ICC. Although the court is comparatively young, the legal norms it is based on are not. It refers to established legal norms and agreements (e.g. Hague Conventions, Geneva Conventions, Human Rights, Genocide Convention) and unites them in international criminal law. Lastly, it reaches not “just” governments or the national courts, but individuals as well.



Institute of Political Science  
Chair of International Relations  
Research Design – Doctoral Thesis  
Julia Egle, M.A.

First Supervisor: Prof. Dr. Anja Jetschke  
Second Supervisor: RiLG Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos

Taking the contradictory behavior of states towards the ICC as variable to be explained (*y-variable*), the research will adopt a **mixed-method-design** of qualitative and quantitative methods to find explanations for the patterns in state behavior.

In a first step the *y*-variable (patterns of behavior) will be defined and operationalized. Different plausible strategies – both towards the legal texts and the actual work of the ICC – will be distinguished (e.g.  $y_1$  = influencing institutional design,  $y_3$  = legal declarations and interpretations or  $y_8$  = undermining investigations). Different patterns of behavior will be examined by a **content analysis** of official documents (legal texts and reports) and **expert interviews** in the environment of the ICC. To find states that behave in a similar fashion, the different indicators of state behavior will be weighted depending on their importance and interpreted by a **cluster analysis**. Thus different patterns of behavior can be described and assigned to particular states.

Operationalizing and systematizing behaviors is necessary for examining their motives (*x-variable*). In a second analytical step, several concrete hypotheses about behavioral similarity will be generated from dominant theories of International Relations, e.g. common ideas and values (social constructivism), or a similar conflict history (rational institutionalism). Three typical cases will be selected from every cluster of states, and the hypotheses will be tested with the aim of explaining state behavior towards the ICC. The combination of qualitative and quantitative methods allows me to take all UN-states + Cook Islands into account and match them to certain patterns of behavior. This makes the doctoral thesis adaptable for further research, allows a valid case selection for the second methodical step, and nevertheless allows for the depth of the research necessitated by the qualitative part.

The doctoral project aims to analyze the relation between states and international courts as a special kind of political cooperation on the way to an international security system. It will generate robust results that serve as a basis for policy recommendations that aim to improve the cooperation between member states and third states towards the ICC.

The doctoral thesis will be finalized in autumn 2016.

Questions, comments and annotations are welcome via [julia.egle@sowi.uni-goettingen.de](mailto:julia.egle@sowi.uni-goettingen.de)